



## Niederschrift

5. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss  
14. Januar 2025, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 3 der Tagesordnung: Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber

Antrag: AfD

Vorlage: 2024/1334

## Beschluss:

Verweisen in den Gemeinderat

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Schnell (AfD)** fasst den Antrag zusammen und weist darauf hin, dass die Nutzung der Geldkarte umgangen werde. Er habe Zweifel daran, dass die angestrebte landesweite Regelung diese Umgehung der Bezahlkarte unterbinde. Der Antrag könne deshalb nicht als erledigt betrachtet werden.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** erläutert, dass der Antrag aus demokratischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten abgelehnt werde. Auch enthalte der Antrag unbelegte Unterstellungen. Sie verweist auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wonach lediglich 7% der Geflüchteten Geld ins Ausland überweisen würden. Ziel sei es, ein gesellschaftliches Miteinander zu schaffen und zu sichern, das von gegenseitiger Achtung geprägt sei. Sie führt aus, dass Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Hetze gegen einzelne gesellschaftliche Gruppe abgelehnt werde.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD)** teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich auf das Schärfste von dem in den Anträgen gezeichneten Menschenbild abgrenze. Er führt, auch vor dem Hintergrund des von der AfD verteilten Abschiebetickets aus, dass die Herrschaft des Nationalsozialismus mit der Spaltung der Gesellschaft und Propagandaaktionen begonnen habe. Er erläutert, dass es die historische Verantwortung sei nun nicht zu schweigen und diesem Menschenbild entgegenzustehen.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** schließt sich den inhaltlichen Ausführungen der Vorrednerinnen und der Vorredner an. Er teilt mit, dass er die Unterstellungen im Antrag, dass nicht nach Recht und Ordnung gehandelt werde, ungeheuerlich finde.

**Stadtrat Schnell (AfD)** entgegnet, dass er nicht verstehe, weshalb die GRÜNEN die Bezahlkarte ablehnen, wenngleich sie von der grüngeführten Landesregierung eingeführt werde. Weiter teilt er mit, dass alle im Flyer aufgeführten Forderungen in Einklang mit den aktuellen gesetzlichen Regelungen stehen würden und verfassungskonform seien. Abschließend weist er darauf hin, dass durch ein SPD-geführtes Ministerium NGOs unterstützt werden, die die bestehenden Gesetze missachten würden. Den Vorwurf, dass ungesetzliche Dinge gefordert werden, halte er für abstrus.

**Stadtrat Cramer (KAL)** weist auf die Symbolik der Ziffern 1 und 8 im rechtradikalen Milieu hin.

**Stadtrat Schnell (AfD)** entgegnet, dass die Zahlen die Öffnung der Wahllokale am Wahltag darstellen würden.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke)** ergänzt, dass es weniger um die Inhalte auf der Rückseite des Abschiebetickets gehe, als um die Äußerungen auf der Vorderseite.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU)** kritisiert vor allem die Art und Weise, wie mit diesem sensiblen Thema umgegangen werde, das Menschen in Not betreffe. Dies sei auch eine Frage des politischen Anstandes.

**Der Vorsitzende** stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fest, dass der Antrag in den Gemeinderat verwiesen worden sei.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
24. Januar 2025